

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Melanie Bratzke
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied "Piraten"

Ratsmitglied Rainer Büscher

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul

vom Eigenbetrieb

Betriebsleitung Städtische Datenverarbeitung Hubert Rüttgers
Eigenbetrieb Städtische Datenverarbeitung Diether Erdelyi
Betriebsleitung Grundstücke und Gebäude Oliver Leinert

von der Verwaltung

Stellv. Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Claudia Wachenfeld
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 14

C. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 15

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

4	Verpflichtung der Nachfolgerin für Ratsherr Joachim Tjaden	
5	Aktuelle Stunde	
6	Information zum Sachstand JadeWeserPort durch den Geschäftsführer der JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft	
7	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
8.1	Antrag der BASU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	514/2012
8.2	Wahl einer Schiedsperson	152/2012
9.1.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des §111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	144/2012
9.1.2	Anregung gem. § 34 NKomVG	145/2012
9.2.1	Bebauungsplan Nr. 211, 1. Änderung-Hafengroden-Entwurfsbeschluss	19/2012
9.2.2	Bebauungsplan Nr. 38A / 2. Änderung (vorhabenbezogen), Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 018 (VEP 018)-Neuende-Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss	142/2012
9.3.1	Zuschusszahlung an die GAQ für die Durchführung von Bürgerarbeitsprojekten	133/2012
9.4.1	Umbenennung der Sportanlage Freiligrathstraße in "Sportpark Freiligrathstraße"	154/2012
9.5.1	Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGs) 2011 und Entlastung der Betriebsleitung	141/2012
9.5.2	1. Nachtragswirtschaftsplan GGS 2012	150/2012
9.6.1	Jahresabschluss 2011 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ - Entlastung Betriebsleitung -	135/2012
9.7.1	Übertragung des Infrastrukturvermögens sowie von unbebauten Grundstücken (Grünflächen) auf den Eigenbetrieb TBW	139/2012
10	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Mit einer Schweigeminute gedachten im Anschluss alle Anwesenden dem am 29.05.2012 im Alter von 55 Jahren verstorbenen **Ratsherrn Joachim Tjaden**. Die Ratsvorsitzende würdigte dessen Wirken in einer kurzen Ansprache.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 21.03.2012

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 21.03.2012 wird genehmigt.

4 Verpflichtung der Nachfolgerin für Ratsherr Joachim Tjaden

Oberbürgermeister Wagner verpflichtete als neues Ratsmitglied **Frau Helga Weinstock** gemäß § 60 NKomVG durch Handschlag, die Aufgaben des Rates nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten. Besonders wies er dabei auf die Bestimmungen der §§ 40 - 42 NKomVG (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot, Treuepflicht) sowie auf § 30 der Abgabenordnung (Steuergeheimnis) hin. Die entsprechenden Gesetzestexte wurden übergeben.

Ferner erklärte **Oberbürgermeister Wagner**, dass diese Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG aktenkundig zu machen sei, was durch Aufnahme in diese Niederschrift geschehe.

5 Aktuelle Stunde

Zur „aktuellen Stunde“ lagen keine Beratungsgegenstände vor.

6 Information zum Sachstand JadeWeserPort durch den Geschäftsführer der JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft

Der Geschäftsführer der JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft, **Herr Axel Kluth**, informierte im Rahmen eines Vortrages über den aktuellen Sachstand beim Bau des JadeWeserPorts.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt.

7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Beratungspunkte vor.

8 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)8.1 Antrag der BASU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien **514/2012**

Frau Ober-Bloibaum beantragte aus Anlass der Verpflichtung der Nachfolgerin von Herrn Tjaden, Frau Helga Weinstock, die folgenden Umbesetzungen für die BASU-Fraktion in Ausschüssen und Gremien:

Ausschuss	Bisher	NEU	Vertreter
Verwaltungsausschuss	Tjaden GM	Ober-Bloibaum GM	Weinstock
Ausschuss f. Finanzen u. Wirtschaft	Tjaden	Ober-Bloibaum	---
Ausschuss f. Personal u. Gleichstellungsfragen	Ober-Bloibaum	Weinstock	---
Ausschuss f. Planen u. Bauen	Ober-Bloibaum GM	Weinstock GM	---
Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit	Ober-Bloibaum GM	Weinstock GM	---
Ausschuss f. Sport u. Kultur	Ober-Bloibaum GM	Weinstock GM	---
Ausschuss f. Umwelt, Landschaft u. Brandschutz	Tjaden GM	Ober-Bloibaum GM	---
Betriebsausschuss Grundstücke u. Gebäude	Tjaden GM	Ober-Bloibaum GM	Weinstock
Betriebsausschuss Krankenhaus	Ober-Bloibaum GM	Weinstock GM	Ober-Bloibaum

Betriebsausschuss Städtische Datenverarbeitung	Tjaden GM	Weinstock GM	Ober-Bloibaum
Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven	Tjaden	Ober-Bloibaum	Weinstock
Jugendhilfeausschuss	Ober-Bloibaum GM	Weinstock GM	Ober-Bloibaum
Schulausschuss	Ober-Bloibaum	Weinstock	Ober-Bloibaum
Ältestenausschuss	Tjaden	Ober-Bloibaum	---
Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH, Aufs.rat u. Gesellschaftervers.	Ober-Bloibaum GM	Weinstock GM	---
WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven, Aufsichtsrat	Tjaden GM	Ober-Bloibaum GM	---

(GM = Grundmandat - Anmerkung der Protokollführerin)

Dem Antrag wurde **einstimmig zugestimmt**.

8.2 Wahl einer Schiedsperson

152/2012

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 18.06.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Gemäß § 4 Absatz 1 des Niedersächsischen Gesetzes über gemeindliche Schiedsämter werden für die am 01.07.2012 beginnende Amtsperiode folgende Personen gewählt:

zur Schiedsfrau: Frau Ellen Seehausen,
Bismarckstr. 20A, 26384 Wilhelmshaven

zur stv. Schiedsfrau: Frau Claudia Wachenfeld,
Wangeroogestr. 31, 26384 Wilhelmshaven

9 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat9.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)9.1.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des §111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **144/2012**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.06.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Geldspende:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft eG	3.700,00 €	Geldspende der Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft e.G. zur Durchführung der Sonntagkonzerte 2012 der Stadt Wilhelmshaven im Musikpavillon im Kurpark

9.1.2 Anregung gem. § 34 NKomVG**145/2012**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.06.2012 vor.

Herr Dr. von Teichman schilderte den tatsächlichen Zustand der Radwege als wesentlich schlechter, als dargestellt. Aus diesem Grunde sei der Vorschlag des ADFC sehr zu begrüßen. Gleichzeitig empfehle er, dem Verwaltungsvorschlag nicht zu folgen. Seines Erachtens müsse das Fahrradfahren mehr gefördert werden, besonders im Hinblick auf Energieeinsparungen. Auf lange Sicht seien Mittel hier besser eingesetzt als zum Beispiel für die „Bürgerarbeit“. Auch der touristische Bereich würde von einer Ausweitung der Fahrrad-Infrastruktur profitieren.

Herr Sokolowski begrüßte den Vorschlag des ADFC. Die Gruppe bezweifle aber, ob die geforderten 17 % die richtige Größenordnung besäßen. Belastbare Grundlagen böte erst das vom Betriebsausschuss Technische Betriebe verabschiedete Straßenkataster. Unbestreitbar sei jedoch der Handlungsbedarf seitens der Stadt hinsichtlich der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes.

Herr Hellwig machte darauf aufmerksam, dass der Verwaltung der Verbesserungsbedarf in diesem Bereich durchaus bekannt sei. Angesichts der Haushaltslage nehme die Änderung des aktuellen Zustandes jedoch gewisse Zeit in Anspruch. Bis dahin bleibe vorerst der Appell an alle Rad- wie auch Autofahrer, gegenseitig Rücksicht zu nehmen.

Frau Glaser erklärte abschließend, über den Beschlussvorschlag werde nicht abgestimmt; dieser werde lediglich zur Kenntnis genommen.

Der Rat nahm die vorgelegte Anregung nach § 34 NKomVG zur Kenntnis.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt die vom ADFC Kreisverband Wilhelmshaven eingereichte Anregung zur Kenntnis. Nach sachlicher Prüfung ergeht folgende Mitteilung an den Petenten:

Das Engagement des ADFC Kreisverband Wilhelmshaven für eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur der Radfahrer ist positiv. Die vom ADFC vorgeschlagene feste prozentuale Verknüpfung der vorhandenen Unterhaltungsmittel Verkehrsinfrastruktur mit dem Anteil des Radverkehrsaufkommens ist jedoch nicht zielführend. Bis

auf wenige Ausnahmen stehen in Wilhelmshaven den Radfahrern sowohl die Fahrbahnen als auch die vorhandenen Radwege zur Benutzung zur Verfügung. Somit kommen Unterhaltungsmaßnahmen an den Fahrbahnen, speziell dort wo es keine Radwege gibt, auch jetzt schon den Radfahrern zu gute.

Für die Sanierung und Unterhaltung der Straßen-Wege-Plätze (einschl. Radwege) stehen derzeit jährlich ca. 450 Tsd. € zur Verfügung. Bei einem Ansatz von 10 % hiervon für die Radwegeinfrastruktur, werden ca. 45 Tsd. € jährlich für den Radwegeverkehr investiert. Zusätzlich stehen für Maßnahmen aus dem Radwegeverkehrskonzept jährlich 30 Tsd. € zur Verfügung. Die Gesamtmittel in Höhe von 75 Tsd. € jährlich entsprechen ca. dem vom ADFC vorgeschlagenen 17 % Anteil.

Eine Erhöhung der Gesamtmittel für die Sanierung und Unterhaltung der Verkehrsinfrastruktur ist sinnvoll. Dies ist eine begleitende Zielsetzung im Zusammenhang mit der Übertragung des Infrastrukturvermögens an TBW.

9.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)

9.2.1 Bebauungsplan Nr. 211, 1. Änderung – Hafengroden - Entwurfsbeschluss

19/2012

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.06.2012 vor.

Frau Weinstock signalisierte die Ablehnung der BASU-Fraktion mit der Begründung, die Flächen seien zu wertvoll, um diese als Stellplatz zu verwenden. Die aus ihrer Sicht bessere Alternative böte der JadeWeser-Park.

Herr Sokolowski erklärte, die Gruppe werde zwar dem Beschlussvorschlag zustimmen, doch er selbst habe Bauchschmerzen im Blick auf die Planungen. Hier werde viel Geld und Aufwand in eine Fläche investiert, nur um daraus am Ende einen großen Parkplatz entstehen zu lassen. Den sich daraus ergebenden Flächenbedarf für weitere Unternehmen wolle die Verwaltung sogar aus einem Naturschutzgebiet decken. Dies sei für ihn nicht ohne weiteres hinnehmbar. Auch er halte die fragliche Fläche für dieses Vorhaben zu wertvoll und appelliere daher, auch mögliche Alternativen zu prüfen.

Herr Kottek wendete ein, der Autohof sei zunächst an anderer Stelle vorgesehen gewesen. Dies habe sich jedoch aufgrund der räumlichen Nähe zu Voslapp als nicht durchführbar erwiesen. Somit sei die Wahl auf die JadeWeserPort Logistic Zone gefallen. Ein Autohof müsse angeboten werden, da die Lkw-Fahrer sich sonst abseits der Autobahn im Stadtgebiet entsprechende Alternative suchen würden.

Herr Hellwig machte auf das Landesraumordnungsprogramm aufmerksam, wonach es sich bei diesem Gebiet um „Hafenwirtschaftserwartungsflächen“ handele. Die Bedenken von Herrn Sokolowski halte er daher für nicht nachvollziehbar.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(4 Gegenstimmen: BASU-Fraktion, Herr Hammadi – Die Linke und Herr Sokolowski – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf **der 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 211-Hafengroden-** zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

9.2.2 Bebauungsplan Nr. 38A / 2. Änderung (vorhabenbezogen) **142/2012**
Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 018 (VEP 018) – Neuende -
Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.06.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in den z.Z. geltenden Fassungen **Bebauungsplan Nr. 38 A / 2.Änderung (vorhabenbezogen)** / Vorhaben- und Erschließungsplan 018 (VEP 018) - **NEUENDE**- als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-04) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 20.05.2012 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt.

9.3 Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Ratsherr Reese)

9.3.1 Zuschusszahlung an die GAQ für die Durchführung von **133/2012**
Bürgerarbeitsprojekten

Herr Reese trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24.05.2012 vor.

Herr Möhle lobte das Engagement der beteiligten MitarbeiterInnen von GAQ und Jobcenter, mit deren Hilfe diese Bürgerarbeitsplätze gewonnen werden konnten. Als problematisch habe sich dabei die Vorgabe erwiesen, dass es sich um zusätzliche Tätigkeiten handeln müsse, die wettbewerbsneutral durchgeführt werden können, um Langzeitarbeitslose in Arbeit zu vermitteln. Dies sei mit den beiden genannten Projekten jedoch gut gelungen. Auch die damit verbundenen Förderungen durch den Bund in nicht unerheblicher Höhe dürften hier nicht unerwähnt bleiben.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich skeptisch. Für ihn seien dies nicht anderes als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“. Es würden hier keine wirklichen Arbeitsplätze geschaffen, was er aber für wesentlich sinnvoller halte. Er werde den Beschlussvorschlag daher ablehnen.

Herr Biehl hielt dem entgegen, dass die Bürgerarbeitsprojekte einen guten Anfang darstellten, um den Betroffenen aus der Langzeitarbeitslosigkeit heraus zu helfen. Hier könne mit wenig Geld ein gutes Ergebnis erlangt werden, so dass den Menschen diese Chance eingeräumt werden sollte.

Frau Ober-Bloibaum stimmte dem zu und ergänzte, dass diese Projekte immer noch besser wären, als keine Arbeit zu haben.

Herr Hammadi zeigte sich ebenfalls ablehnend gegenüber der Bürgerarbeit. Seiner Meinung nach sei den Betroffenen mit einer solchen Maßnahme nicht weitergeholfen: Es stehe trotz des Einsatzes in einem dieser Projekte kein fester Arbeitsplatz in Aussicht und es würde verlangt, dass sich die Betroffenen auch weiterhin bewerben.

Herr Dr. von Teichman fügte hinzu, dass sich in der Vergangenheit bereits die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als nicht nachhaltig erwiesen hätten. Es koste

lediglich Geld, den Menschen sei jedoch nicht dauerhaft geholfen. Er bleibe bei seiner Auffassung, es sei besser, Arbeitsplätze am 1. Arbeitsmarkt zu schaffen.

Herr Becker wendete ein, jede Form der Betätigung sei besser, als ohne Arbeit zu Hause bleiben zu müssen. Er danke ausdrücklich für das aufgebrachte Engagement der Beteiligten, um diese Projekte ins Leben zu rufen.

Frau Gastmann äußerte in Richtung Herrn Dr. von Teichman, die Verhältnisse heutzutage seien nicht mehr vergleichbar mit den Zeiten, aus denen die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stammten. Mit den Bürgerarbeitsprojekten sollten diejenigen, die durch Langzeitarbeitslosigkeit von der Arbeit „entwöhnt“ seien, wieder an eine Arbeit herangeführt werden. Damit verbunden sei die Vermeidung von Abkapselung der Betroffenen und Stärkung des Selbstwertgefühls. Arbeitsplätze stünden durchaus zur Verfügung.

Herr Stoffers erinnerte daran, dass der Rat dieses Thema bereits schon einmal positiv beschieden habe und daraufhin entsprechende Haushaltszahlen in den Haushalt 2012 eingestellt worden seien. Dadurch könnten etwa 30 städtische Bürgerarbeiter beschäftigt werden. Anhand der Haushaltszahlen begründete Herr Stoffers kurz die erneute Vorlage an den Rat. Insgesamt halte sich die hierdurch entstehende haushaltsmäßige Belastung aber in Grenzen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 2 Gegenstimmen - Herr Hammadi, Die.Linke, und Herr Dr. von Teichman, FDP)

Die Stadt Wilhelmshaven zahlt an die GAQ für die Durchführung der vom Bundesverwaltungsamt bis 31.12.2014 genehmigten Bürgerarbeitsprojekte „Schülerlotsen/Busbegleitung“ und „Naturschutz“ einen Zuschuss in Höhe der für die Projekte angemessenen Sachkosten sowie der Personalkosten für den/die durch die GAQ einzustellende/n VorarbeiterIn. Die Zuschüsse betragen in 2012 max. 35.000 €, in 2013 und 2014 jeweils max. 48.000 €. Soweit die Maßnahmen nicht für die gesamte genehmigte Laufzeit durchgeführt werden, verringern sich die Zuschüsse entsprechend.

9.4 Ausschuss für Sport und Kultur (Ratsherr Möhle)

9.4.1 Umbenennung der Sportanlage Freiligrathstraße in "Sportpark Freiligrathstraße" **154/2012**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur vom 14.06.2012 vor und erläuterte kurz die geplanten Maßnahmen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Sportanlage Freiligrathstraße (ehem. Marinesportanlage) erhält den Namen „Sportpark Freiligrathstraße“.

9.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude
(Beigeordneter Hellwig)

9.5.1 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGs) 2011 und Entlastung der Betriebsleitung **141/2012**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 14.06.2012 vor und äußerte sich lobend über die dort geleistete Arbeit. Hier handele es sich um einen gut funktionierenden Eigenbetrieb.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven zum 31.12.2011 wird gemäß Abschlussprüfung von Herrn Diplom-Ökonom Hans-Jürgen Behrens mit einem Jahresergebnis von 6.101.591,42 € festgestellt. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls der Rechenschaftsbericht festgestellt.
 - a. Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2011 ist wie folgt zu verwenden:
Einstellung in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses 1.217.134,24 €
 - b. Einstellung in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses 2.149.004,32 €
 - c. Abführung an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven 1.735.452,86 € (Eigenkapitalverzinsung)
 - d. Abführung an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven aufgrund des Ergebnisses: 1.000.000 €.
2. Gemäß § 33 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

9.5.2 1. Nachtragswirtschaftsplan GGS 2012 **150/2012**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 14.06.2012 vor. Er erklärte, diese Maßnahme sei erforderlich, um die Stadthalle zu erwerben. Auch wenn es sich angesichts des Kaufpreises um eine teure Entscheidung handele, dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass die Stadt nicht nur das Eigentum an dieser strategisch wichtigen Immobilie erwerbe, sondern auch von den dort fälligen Mietzahlungen entlastet werde. Die Stadt erhalte damit die Verfügungsgewalt über die Gebäude.

Herr Dr. von Teichman machte darauf aufmerksam, dass der Kostenrahmen des gesamten Vorhabens mit der Frage verknüpft sei, ob der Hauptmieter bis zum Vertragsende tatsächlich im Gebäude bleibe. Sollte diese Einnahmequelle entfallen, sei auch der positive Nebeneffekt durch die Mieteinnahmen hinfällig. Gerade im Bereich „Fitness“ gebe es nicht unerhebliche, trendbedingte Fluktuationen. Er halte die Grundidee des Ankaufs für richtig, wolle jedoch appellieren, bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Frage der Nachnutzung zu überdenken und mögliche Alternativen ins Kalkül zu ziehen.

Herr Becker zeigte sich erfreut über das Vorhaben. Dies treffe den Wunsch der WBV, die den Ankauf der Stadthalle bereits in ihrem Wahlprogramm auf der Agenda stehen gehabt habe. Damals noch Außenseiter mit dieser Forderung, sehe man sich nunmehr einer breiten Mehrheit gegenüber. Ihn erstaune dieser

Sinneswandel, doch sei der Kauf der Stadthalle die einzig richtige Entscheidung. Nachdem Herr Becker kurz diese Auffassung begründet hatte, signalisierte er die Zustimmung der Gruppe Grüne/WBV/Piraten.

Frau Weinstock sah in dieser Angelegenheit noch zu viele ungeklärte Fragen, so fehle es zum Beispiel noch an einem Nutzungskonzept.

Die **Ratsvorsitzende Frau Glaser** bat unter Hinweis auf die Vertraulichkeit, die übrigen aufgeworfenen Fragen in nichtöffentlicher Sitzung klären zu lassen.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass in öffentlicher Sitzung keine Fragen zu Vertragsinhalten beantwortet werden können. Ferner bat er, das Thema in zwei Beratungsabschnitte zu trennen: Zum einen gehe es heute um die reine Finanzentscheidung; der andere Punkt sei das Konzept für die Nutzung der Stadthalle, das zu einem späteren Zeitpunkt beraten werde. Er gebe zu bedenken, dass die Stadt durch diese Investition nicht zuletzt ihr strukturelles Defizit verringere.

Herr Prof. Reuter appellierte, der Vorlage gemeinsam zuzustimmen. Neben dem Kostenvergleich dürfe auch der derzeit äußerst günstige Zinssatz nicht außer Acht gelassen werden. Zudem könne die Stadt so die eigene Auslastung des gesamten Gebäudekomplexes besser steuern. Er sehe es als ungünstig, mit einem solchen Schritt bis zum Ende der Mietzeit zu warten, da damit die Stadt unnötig in Zugzwang komme. Seiner Meinung nach sei aufgrund der günstigen Vorzeichen die Zeit genau richtig, um zu handeln. Er wundere sich, warum derartiges nicht bereits früher vorgeschlagen worden sei.

Herr Biehl knüpfte an die Feststellung von Herrn Prof. Reuter an und warf die Frage auf, warum jetzt auf einmal ein Ankauf der Stadthalle möglich geworden sei. Er zeigte sich erfreut über diesen Schritt und die sich daraus bietenden Möglichkeiten.

Frau Ober-Bloibaum erklärte, die BASU könne der Vorlage nicht zustimmen, bevor nicht über den Kauf der Stadthalle gesprochen worden sei.

Herr Dr. von Teichman gab zu bedenken, dass ein Kostenvergleich erst in dem Moment positiv ausfalle, in dem ein Mieter vorhanden sei. Den derzeitigen Mieter gebe es noch nicht lange und davor habe das Gebäude lange Zeit leer gestanden. Er sehe große Probleme auf die Stadt zukommen, gelinge es nicht, ein nachhaltiges Mietverhältnis zu begründen.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, der Stadt spiele jedoch die derzeitige Zinsentwicklung in die Hände. Selbstverständlich sei ein Mieter für die Wirtschaftlichkeit der Stadthalle wichtig. Doch jedes Jahr, das die Stadt keine Miete zahle, bedeute eine weitere Einsparung. Diese wiederum könnte für den theoretischen Fall einer Beendigung des Mietverhältnisses ein gewisses Polster bieten.

In Richtung von Frau Ober-Bloibaum wies Oberbürgermeister Wagner die Begründung dieser Beschlussvorlage hin: Demnach erfolge diese Beschlussfassung nur unter dem Vorbehalt einer Beschlussfassung über den Ankauf der Stadthalle.

Herr Stoffers erläuterte, das Thema sei durch die Verwaltung in der Vergangenheit sehr wohl immer wieder aufgegriffen worden. Man habe intensive Verhandlungen mit dem Eigentümer geführt. Es seien jedoch drei Dinge erforderlich, um ein Geschäft wirtschaftlich abschließen zu können: die Höhe des Kaufpreises, die Zinssituation und die Einnahmesituation (durch Vermietungen). Diese drei Faktoren hätten in der Vergangenheit einen Ankauf nicht erlaubt, so dass der damalige Kämmerer von einem Ankauf Abstand genommen habe.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- (bei Gegenstimmen der BASU-Fraktion)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den 1. Nachtragswirtschaftsplan GGS 2012 mit der Änderung der § 1 und 4 der anliegenden Haushaltsübersicht.

9.6 Betriebsausschuss Städtische Datenverarbeitung
(Beigeordneter Langen)

9.6.1 Jahresabschluss 2011 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ **135/2012**
- Entlastung Betriebsleitung -

Herr Langen trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven vom 04.06.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jahresabschluss 2011 der SDW zum 31.12.2011 wird gem. Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuhand Oldenburg GmbH mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 59.646,05 € festgestellt. Dieser Fehlbetrag wird aus der allgemeinen Rücklage gedeckt.

Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

9.7 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Beigeordneter Veh)

9.7.1 Übertragung des Infrastrukturvermögens sowie von unbebauten **139/2012**
Grundstücken (Grünflächen) auf den Eigenbetrieb TBW

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 15.06.2012 vor.

Herr Harms erklärte, es gehe im Wesentlichen darum, die Abschreibungssumme zur Straßeninstandsetzung zu nutzen.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erläuterte **Herr Stoffers** die Hintergründe: Bisher fielen wirtschaftliches Eigentum und Verantwortung für den Zustand der Straßen auseinander. Dieser Zustand sei nicht optimal und solle angepasst werden. Nunmehr solle der wirtschaftliche Eigentümer auch verantwortlich werden für die eigenen Anlagen. Dies geschehe dahingehend, dass aus dem Bilanzvermögen der Stadt das Infrastrukturvermögen mit einem bilanziellen Wert von 58 Mio. € auf den Eigenbetrieb TBW übertragen werde. Da damit auch Abschreibungen in Höhe von 3 Mio. € verbunden seien, die wiederum den Haushalt der TBW belasteten, gewähre die Stadt aus dem Kernhaushalt einen Zuschuss in Höhe dieser Abschreibungen. Damit solle der Eigenbetrieb in die Lage versetzt werden, die Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze entsprechend der Vorgaben durchzuführen. Ein entsprechendes Kataster werde derzeit von den TBW erarbeitet. Im Ergebnis bedeute dies, dass die Stadt diese Summe aus dem Kassenkredit des Kernhaushaltes erwirtschaften müsse. Auf die Eigenkapitalverzinsung habe dieser Vorgang aber keine Auswirkungen.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich verwundert, dass in der Vergangenheit wesentlich geringere Beträge zur Straßenunterhaltung nicht genehmigt wurden und nun ein Zuschuss von 3 Mio. € möglich sei.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass diese Summe nicht zwangsläufig zur Straßensanierung genutzt werde. Hier wolle er auf den Wortlaut der Beschlussvorlage aufmerksam machen, laut der es zwar eine Kostenerstattung geben solle, aber die Differenz über die vom Rat für nicht notwendig erachteten Maßnahmen im Straßenbau werde über eine Entnahme aus der Rücklage zurück an den Haushalt fließen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat stimmt der Übertragung des Infrastrukturvermögens sowie der Grünflächen (*mit Ausnahme der Kompensationsflächen*) im Bilanzeigentum der Kernverwaltung in das Bilanzeigentum des Eigenbetriebes „Technische Betriebe Wilhelmshaven“ (TBW) zu.
2. Die Übertragung erfolgt rückwirkend zum 01.01.12 mit dem Buchwert zum 31.12.11 (*rd. 58 Mio. €*).
3. Die Übertragung erfolgt als Sacheinlage in eine Rücklage des Eigenbetriebes.
4. Die aus der Übertragung bei den TBW entstehenden Aufwendungen (*insbesondere der Abschreibungen*) werden durch Ausgleichszahlungen der Stadt refinanziert. Die dadurch bei TBW entstehende Liquidität dient für vom Rat festzusetzende Investitionen in die Straßen. Nicht verbrauchte Mittel werden durch Entnahme aus dieser Rücklage von TBW wieder an die Stadt zurückgeführt.

10 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner informierte über folgende Punkte:

1. Arbeitsgruppe Extremismus

Die Arbeitsgruppe plane eine Aktionswoche „Bunter Herbst in Wilhelmshaven“ in der Zeit vom 04.-10.11.2012. Zur Teilnahme würden die verschiedensten Einrichtungen, aber auch Einzelpersonen eingeladen. Die Schirmherrschaft solle gemeinsam von der Ratsvorsitzenden, Frau Glaser, und einem Vorstandsmitglied des türkisch-islamischen Kulturvereins wahrgenommen werden. Im Rahmen dieser Aktionswoche seien die Beteiligten aufgerufen, mit ihren Angeboten ein klares Bekenntnis für Toleranz und Demokratie auszudrücken und sich gleichzeitig gegen jede Form des Extremismus zu stellen. Diese Angebote sollen individuell organisiert und in ein gemeinsames Programm eingebracht werden, das der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde. Die Aktionswoche habe die Botschaft zum Ziel, sich aktiv für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus einzusetzen.

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung sollen bereits am 5.7.2012 erste Grobplanungen vorgestellt werden. Über die weiteren Ergebnisse der Arbeitsgruppe werde in der nächsten Ratssitzung unterrichtet.

2. Erhalt des Wasser- und Schifffahrtsamtes Wilhelmshaven

Derzeit werde die Organisation der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Deutschland diskutiert. Nach Bericht der WZ am 16.6. solle ein Großteil der Direktionen in Bonn zusammengefasst und dafür andere Standorte ganz oder teilweise geschlossen werden. Dies laufe dem Vorhaben der Stadt entgegen, die Nutzung der „Lebensader“ Bundeswasserstraße Jade weiter auszubauen. Das Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) sei als Bundesbehörde in Wilhelmshaven

stationiert und erfülle hier verschiedenste Aufgaben. Von einer möglichen Schließung seien gut 360 Beschäftigte betroffen, darunter auch 57 Auszubildende. Durch die geplanten Reformen werde das WSA diesen Status verlieren und zu einem reinen Verkehrsamt umfunktioniert. Damit würden wesentliche Teile der Aufgaben des Standortes in Frage gestellt. Dieses so genannte Verkehrsamt Wilhelmshaven sei in Folge dessen nicht mehr „Herr im Hause“ und könne nicht mehr für das Fahrwasser sorgen. Dies sei für die Stadt weder nachvollziehbar noch tragbar. Die Stadt sei jedoch der Auffassung, dass Schiffsverkehr und Wasserstraßen als ein System fungierten und demzufolge zusammen gehörten.

Vor diesem Hintergrund habe er sich entschlossen, einen Brief an das Bundesverkehrsministerium aufzusetzen. Dieser liege im Entwurf als Tischvorlage aus. Nachdem Oberbürgermeister Wagner das Schreiben verlesen hatte, bat er um ein Meinungsbild seitens des Rates, da dieses auch als Grundlage für eine entsprechende Resolution für die nächste Ratssitzung dienen solle.

Herr Biehl erklärte, die Gruppe stehe inhaltlich voll hinter dem Schreiben. Anstelle des doch etwas rigide formulierten letzten Satzes rege er aber an, den Verkehrsminister einmal persönlich nach Wilhelmshaven zur Inaugenscheinnahme einzuladen.

Oberbürgermeister Wagner sagte zu, diese Anregung aufzugreifen.

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde

(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung

(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Radmer bezog sich auf seine in Tagesordnungspunkt 9.1.2 behandelte Anregung. Grundsätzlich sei er der Auffassung, der Radverkehr müsse stärker gefördert werden. Gleichzeitig vermisse er eine integrierte Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik. Ihn interessiere, wie das Thema weiter verfolgt werde.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, die Stadt nähere sich diesem Thema im Rahmen des Konzeptes „Stadtentwicklungsplanung +“ (STEP+). Dabei handele es sich aber um ein großes Projekt, das einen großen Zeitrahmen beanspruche. Er bestätige jedoch auch die große Bedeutung des Themas Verkehrsplanung.

Herr Radmer merkte an, der ADFC habe bereits im Rahmen des Projektes „Stadtumbau West“ an entsprechenden Konzepten mitgearbeitet. Hier sei es bedauerlicherweise nie zu einer Umsetzung gekommen. Daher bitte er, diese Ausarbeitungen nunmehr bei der „Stadtentwicklungsplanung +“ mit zu berücksichtigen.

Oberbürgermeister Wagner bestätigte, dies werde, ebenso wie das Radwegekonzept, entsprechende Berücksichtigung finden.

Auf die Frage von **Herrn Radmer** nach einem Meinungsbild der Fraktionen zu diesem Thema regte **Oberbürgermeister Wagner** an, diese Frage schriftlich an die Fraktionen zu richten, da dies ansonsten den zeitlichen Rahmen dieser Sitzung sprengte.

Nachdem keine weiteren Fragen vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin